

Rechenschaftsbericht Geschäftsjahr 2006



Versorgungswerk
der Ärztekammer des Saarlandes





**Versorgungswerk der
Ärztekammer des Saarlandes
Faktoreistraße 4**

66111 Saarbrücken



Tel.: 0681/4003-0

Fax: 0681/4003-330

Email: info-vw@aeksaar.de

Inhalt

Rechtsgrundlagen, Selbstverwaltung	S. 4
Lagebericht	
⇒ Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen	S. 7
⇒ Tätigkeit der Gremien	S. 14
⇒ Mitglieder und Beiträge	S. 17
⇒ Leistungsempfänger und Leistungen	S. 18
⇒ Kapitalanlagen und Kapitalerträge	S. 18
⇒ Immobilienanlagen	S. 18
⇒ Bilanzüberblick	S. 18
⇒ Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres	S. 19
Anwartschaften	S. 20
Beiträge	S. 24
Leistungen	S. 26
Vermögen	S. 31
Verwaltungskosten	S. 35
Prüfung Rechnungsabschluss	S. 36
Bilanz zum 31.12.2006	S. 37
Gewinn- und Verlustrechnung 2006	S. 38

Rechtsgrundlagen, Selbstverwaltung

Das Versorgungswerk der Ärztekammer des Saarlandes ist die berufsständische Versorgungseinrichtung für Ärzte und Zahnärzte, die im Saarland ihre berufliche Tätigkeit ausüben und nicht berufsunfähig sind.

Es wurde als Gemeinschaftswerk, das auf der Solidarität der ärztlichen und zahnärztlichen Berufsverbände basiert, im Jahre 1951 gegründet. Seitdem gewährleistet es seinen Mitgliedern nicht nur eine dynamische Altersversorgung, sondern auch eine Versorgung der Hinterbliebenen und eine Absicherung im Falle der Berufsunfähigkeit. Die Leistungen werden durch Mitgliedsbeiträge und Kapitalerträge finanziert. Seit Bestehen des Versorgungswerkes konnte trotz Verbesserung der Versorgungsleistungen bei niedrigen Verwaltungskosten die Deckungsrücklage stets erhöht werden. Bei Gründung hatte das Versorgungswerk 777 Mitglieder, heute gehören ihm 4.462 Mitglieder und 1.386 Rentner an (Stand 31.12.2006).

Gemäß § 7 der Satzung des Versorgungswerkes sind alle Mitglieder der Ärztekammer Pflichtmitglieder des Versorgungswerkes der Ärztekammer des Saarlandes.

Aufsichtsbehörde

Das Versorgungswerk ist eine Abteilung der Ärztekammer des Saarlandes. Nach § 1 Abs. 3 und 4 des Saarländischen Heilberufekammergesetzes untersteht die Ärztekammer der Rechtsaufsicht des Ministeriums für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Die Versicherungsaufsicht wird nach § 6 Abs. 5 des Saarländischen Heilberufekammergesetzes vom Ministerium für Wirtschaft ausgeübt.

Selbstverwaltung

Das Versorgungswerk der Ärztekammer des Saarlandes ist eine rechtlich nicht selbständige Abteilung mit eigener Buch- und Rechnungsführung der Ärztekammer des Saarlandes, die den Charakter einer Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzt.

Demokratisch gewählte Organe regeln die Geschäftstätigkeit und sonstigen Angelegenheiten des Versorgungswerkes eigenverantwortlich und unabhängig. Mehrere Ausschüsse gewährleisten eine effiziente Wahrnehmung der in der Satzung festgelegten Aufgaben.

Verwaltungsausschuss

Vorsitzender:

Kammerpräsident San.- Rat Dr. med. Franz Gadomski

Stellvertretender Vorsitzender:

Vizepräsident San.- Rat Dr. med. Wolfgang Roth

Mitglieder:

Dr. med. Bernhard Adolph

Dr. med. dent. Frank Arenz

Dr. med. Eberhard Bauer

Dr. med. Sigrid Bitsch

San.-Rat Dr. med. dent. Manfred Grub

Dr. med. dent. Hans-Joachim Lellig

Dr. med. Claus Mertz

Prakt. Arzt Toni Schuster

Dr. med. Petra Ullmann



Kammerpräsident
San.- Rat Dr. Gadomski



Vizepräsident
San.- Rat Dr. Roth

Der Verwaltungsausschuss ist insbesondere für die Verwaltung der Mittel, die Überwachung der Geschäftstätigkeit sowie die Aufstellung des Haushaltsplans und der Jahresrechnung zuständig. Darüber hinaus setzt er den jährlichen Steigerungsbetrag und den Anpassungsmultiplikator für die Anwartschaften und Renten fest.

Geschäftsführender Ausschuss

Vorsitzender:

Kammerpräsident San.- Rat Dr. med. Franz Gadomski

Stellvertretender Vorsitzender:

San.- Rat Dr. med. Wolfgang Roth

Mitglied:

San.- Rat Dr. med. dent. Manfred Grub



San.- Rat Dr. Grub

Die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses werden vom Verwaltungsausschuss gewählt. Er erledigt die Angelegenheiten der laufenden Verwaltung und ist für die Durchführung der Beschlüsse der Vertreterversammlung und des Verwaltungsausschusses verantwortlich.

Der Geschäftsführende Ausschuss tagte im Berichtsjahr siebenmal.

Ärztelommission zur Feststellung der Berufsunfähigkeit

Vorsitzender:

Dr. med. Lothar Müller, Chefarzt a.D.

Im September 2006 hat Herr Dr. med. Dietrich Wördehoff dieses Amt übernommen.

Mitglieder:

Dr. med. Peter Hesoun

Dr. med. Thomas Kajdi

Auf Grundlage der Stellungnahme dieses Ausschusses erfolgt die Feststellung der Berufsunfähigkeit von Mitgliedern.

Außerdem befindet die Ärztekommision über die medizinische Notwendigkeit bei Anträgen für Zuschüsse zu besonders aufwendigen Maßnahmen zur Rehabilitation.

Geschäftsführung



Geschäftsführer
Dipl.-Kaufmann
Klaus Even



Hauptgeschäftsführer
der Ärztekammer des
Saarlandes
Assessor
Heinz-Jürgen Lander



Stv. Geschäftsführer
Dipl. Verw.-Wirt
Peter Hubertus

Die laufenden Geschäfte werden unter Leitung der Geschäftsführung wahrgenommen. Neben der Geschäftsführung trägt ein Team von neun Mitarbeitern durch ihren Einsatz zur Zufriedenheit unserer Mitglieder und Rentner bei.

Lagebericht

Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

1. Weltwirtschaft zeigt nachhaltiges Wachstum

Wie bereits für das Jahr 2005 hat sich auch im Jahr 2006 eine deutlich positive Entwicklung der Weltwirtschaft gezeigt. Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. im DIW Berlin (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) hat das reale Bruttoinlandsprodukt weltweit im Jahre 2006 um rd. 3,7 % gegenüber dem Vorjahr zugenommen.

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						2006	2007	2008
		2006	2007	2008	2006	2007	2008			
EU 27	33,7	2,9	2,7	2,6	2,2	2,0	2,1	7,9	7,2	6,8
Schweiz	0,9	2,7	2,2	2,0	1,1	0,9	1,0	4,0	3,7	3,7
Norwegen	0,7	2,9	3,0	2,7	2,3	2,1	2,2	3,5	3,3	3,2
West- u. Mitteleuropa	35,3	2,9	2,7	2,6	2,2	2,0	2,1	7,8	7,1	6,7
USA	30,8	3,3	2,3	3,0	3,2	2,1	2,2	4,6	4,8	4,9
Japan	11,3	2,2	2,4	2,2	0,3	0,5	0,9	4,1	3,9	3,8
Kanada	2,8	2,7	2,3	2,9	2,0	1,9	2,4	6,3	6,5	6,4
Industrieländer insgesamt	80,2	2,9	2,5	2,7	2,3	1,8	2,0	6,2	5,9	5,7
Russland	1,9	6,7	6,3	6,0	9,8	8,5	7,0	7,2	7,0	6,5
China und Hongkong	6,0	10,7	10,0	9,0	-	-	-	-	-	-
Indien	1,9	9,2	8,5	8,5	-	-	-	-	-	-
Ostasien ohne China ¹	4,8	5,6	4,7	5,0	-	-	-	-	-	-
Lateinamerika ²	5,2	5,0	4,5	4,5	-	-	-	-	-	-
Schwellenländer insgesamt	19,8	6,5	5,9	5,7	-	-	-	-	-	-
Insgesamt ³	100,0	3,7	3,2	3,3	-	-	-	-	-	-
<i>Nachrichtlich:</i>										
Exportgewichtet ⁴		3,4	2,9	3,1	-	-	-	-	-	-
Welthandel, real		9,2	7,5	7,5	-	-	-	-	-	-

¹ Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar.

² Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar.

³ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar.

⁴ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2005.

Quellen: OECD; IMF; Berechnungen der Institute; 2007 und 2008: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2007

Diese Tabelle stellte uns freundlicherweise die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (ARGE) zur Verfügung.

Betrachtet man die oben stehende Tabelle, so ist erkennbar, dass ursächlich für diesen Aufschwung primär die Schwellenländer (6,5 %) waren gegenüber einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 2,9 % bei den Industrieländern. Aber auch, wenn man den Fokus auf die Eurozone lenkt, ist festzustellen, dass sich dort das Wachstum in 2006 wesentlich besser entwickelt hat, als dies von vielen Sachverständigen erwartet wurde.

Allerdings hat sich diese Wachstumsdynamik im Verlaufe des Jahres 2006 verändert. So hat das Wachstum in den USA sich deutlich verringert, während hingegen im Euroraum und in Japan sich gegen Ende des vergangenen Jahres ein eher robust ausgeprägtes Wachstum ergeben hat. Die Wirtschaftsinstitute erwarten, dass sich dieser Aufschwung der Weltwirtschaft - wenn auch mit verringertem Tempo - auch in den Jahren 2007 und 2008 fortsetzen dürfte.

Allerdings wird bei solchen Prognosen auch immer wieder auf mögliche Risiken hingewiesen. Diese werden gesehen insbesondere im Hinblick auf den US-Immobilienmarkt. Sollte in den USA infolge der Entwicklung auf dem Immobilienmarkt die Konsumnachfrage stark an Fahrt verlieren, würde dies nicht ohne Auswirkungen auf die US-Wirtschaft bleiben und insofern letztlich auch die Situation der Weltwirtschaft beeinflussen können.

2. Eurozone mit hohem Expansionstempo

Für die positive Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Euroraum sind verschiedene Faktoren mit verantwortlich gewesen. In diesem Zusammenhang wird häufig auf das milde Wetter hingewiesen, welches die Bauproduktion positiv beeinflusst hat und ebenso auf die Vorzieheffekte der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland. Die Übersicht auf Seite 9 gibt an, welche Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts 2006 sich gegenüber dem Vorjahr bei den einzelnen Ländern des Euroraums ergab.

Das reale Bruttoinlandsprodukt in Europa hat die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. mit 3,0 % für das Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr angegeben (s. Tabelle Seite 9). Hierbei ist auffallend, dass die Länder des Euroraums eine Zuwachsrate von 2,7 % erreicht haben. Bezieht man Großbritannien, Schweden und Dänemark mit ein, so ergibt sich eine Zuwachsrate von 2,8 % im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr. Die neuen EU-Mitgliedsländer hingegen haben im gleichen Zeitraum eine Veränderung ihres Bruttoinlandsprodukts im Umfang von rd. 6,1 % erreicht.

Auch die Arbeitsmarktsituation des Euroraumes hat sich 2006 weiterhin positiv entwickelt. Dies ist daran zu erkennen, dass die Zahl der Arbeitslosen weiterhin zurückging und saisonbereinigt 11,1 Mio. Personen am Jahresende erreichte. Dementsprechend ergab sich auch ein Rückgang der standardisierten Arbeitslosenquote, die für das Jahr 2006 mit 7,9 % ermittelt wurde (s. Tabelle Seite 9.). Aber auch bei der Arbeitslosigkeit in Europa ergibt der Blick auf die einzelnen Länder ein deutlich unterschiedliches Bild. Mit erheblich mehr als 13 % liegt die standardisierte Arbeitslosenquote in Polen und in der Slowakei am höchsten. Darüber hinaus gilt, dass die neuen EU-Mitgliedsländer mit über 10 % eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit aufweisen als der EU-Raum (7,9 %) und der EU-Raum einschl. Großbritannien, Schweden und Dänemark mit 7,4 %.

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa¹

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ²			Arbeitslosenquote ³ in %		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						2006	2007	2008
		2006	2007	2008	2006	2007	2008			
Deutschland	20,5	2,7	2,4	2,4	1,8	2,0	1,8	8,4	7,0	6,3
Frankreich	15,6	2,2	2,1	1,9	1,9	1,4	1,6	9,4	8,4	8,2
Italien	13,0	1,9	1,8	1,8	2,2	1,9	2,0	6,8	6,5	6,3
Spanien	8,3	3,9	3,5	3,3	3,6	2,8	3,0	8,6	7,9	7,6
Niederlande	4,6	2,9	2,7	2,6	1,7	1,4	1,9	3,9	3,6	3,3
Belgien	2,7	3,1	2,5	2,4	2,3	1,7	1,7	8,2	8,0	7,8
Österreich	2,2	3,1	2,6	2,2	1,7	1,5	1,7	4,8	4,7	4,7
Griechenland	1,7	4,2	4,0	3,9	3,3	3,0	3,0	8,9	8,7	8,4
Finnland	1,4	5,5	4,6	4,3	1,3	1,5	1,6	7,7	7,5	7,4
Irland	1,5	6,0	5,4	5,0	2,7	2,5	2,7	4,4	4,3	4,3
Portugal	1,3	1,3	1,3	1,5	3,0	2,4	2,0	7,7	7,3	7,0
Slowenien	0,2	5,2	4,8	4,5	2,5	2,4	2,2	6,0	5,9	5,9
Luxemburg	0,3	6,2	5,0	4,6	3,0	2,0	2,2	4,7	4,9	5,0
Euroraum^{4,5}	73,3	2,7	2,5	2,4	2,2	1,9	2,0	7,9	7,1	6,8
Großbritannien	16,4	2,8	2,6	2,4	2,3	2,0	2,1	5,3	5,2	5,0
Schweden	2,6	4,4	3,7	3,0	1,5	2,1	2,3	7,0	6,9	6,2
Dänemark	1,9	3,2	2,6	2,0	1,9	2,2	2,5	3,9	3,3	3,2
EU 16⁴	94,2	2,8	2,6	2,4	2,2	1,9	2,0	7,4	6,7	6,4
Polen	2,2	5,8	5,3	5,2	1,1	2,5	2,5	13,9	12,0	11,5
Tschechien	0,9	5,8	5,0	5,0	2,5	2,9	3,0	7,1	6,8	6,5
Ungarn	0,8	3,9	2,5	3,0	3,9	6,8	4,0	7,5	7,7	7,5
Rumänien	0,7	7,7	7,3	7,0	6,6	5,0	4,8	7,4	7,0	7,0
Slowakei	0,3	8,3	7,4	7,0	4,5	3,5	2,5	13,3	11,0	9,0
Litauen	0,2	7,5	7,2	6,6	3,8	4,0	3,0	5,9	5,0	4,8
Bulgarien	0,2	6,2	6,5	6,3	7,4	6,5	5,5	8,9	8,2	7,5
Zypern	0,1	3,8	3,8	4,0	2,2	2,0	2,0	4,9	5,5	5,0
Lettland	0,1	11,9	9,5	8,0	6,5	6,0	5,5	6,9	6,5	6,0
Estland	0,1	11,2	9,5	9,0	4,4	4,0	4,0	5,9	4,0	3,2
Malta	0,0	2,3	2,0	2,2	2,6	2,3	2,4	7,4	7,0	6,8
Neue EU-Mitgliedsländer	5,8	6,1	5,4	5,4	3,1	3,8	3,3	10,1	9,1	8,6
EU 27⁴	100,0	3,0	2,7	2,6	2,3	2,0	2,1	7,9	7,2	6,8
<i>Nachrichtlich:</i>										
Exportgewicht ⁶		3,4	3,0	2,8	2,3	2,1	2,2	-	-	-

¹ Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie für Deutschland – nicht.

² EU 16 Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

³ Standardisiert.

⁴ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2005.

⁵ 2006: Euroraum plus Slowenien.

⁶ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2005.

Quellen: Eurostat; IMF; OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2007 und 2008: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2007

Diese Tabelle stellte uns freundlicherweise die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (ARGE) zur Verfügung.

Aber auch bereits im Jahr 2006 ergaben sich deutlich positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Deutschland. So waren in diesem Jahr 0,7 % mehr Personen erwerbstätig als im Vorjahr. Dies ist durchaus als Erfolg zu werten, zumal die Beschäftigung in 2005 noch um 0,1 % zurückgegangen ist. Besonders wichtig bei der Beurteilung der Arbeitsmarktsituation im Jahr 2006 ist der Hinweis, dass im Gegensatz zu den Vorjahren wieder eine positive Wachstumsrate bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gegeben war.

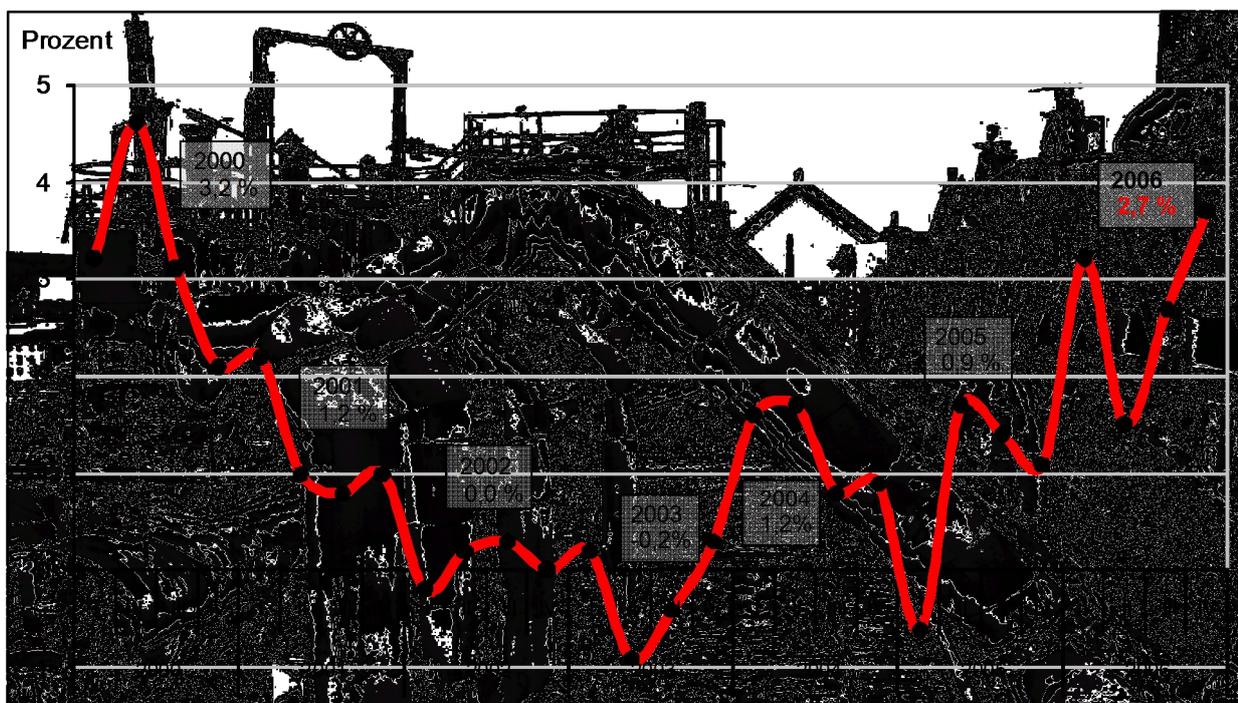
3. Deutliche Verbesserung der Wirtschaft in Deutschland

Die positive Entwicklung der Weltwirtschaft und auch der Wirtschaft im Euroraum fand jedoch nicht unter Ausschluss Deutschlands statt. Vielmehr ist anzumerken, dass für viele überraschend die deutsche Wirtschaft eine Wachstumsrate von 2,7 % erzielen konnte. Dies ist die höchste Wachstumsrate seit Beginn dieses Jahrtausends.

Interessant erscheint nun die Frage, was primär zu dieser positiven Entwicklung beigetragen hat. Sicherlich wurde auch in 2006 in nicht unerheblichem Maße die Konjunktur in Deutschland getragen durch eine stabile Auslandsnachfrage. Die Deutsche Bundesbank weist in ihrem Geschäftsbericht für das vergangene Jahr darauf hin, dass auch zusätzliche Einnahmen im Reiseverkehr durch die im Sommerhalbjahr in Deutschland ausgetragene Fußball-Weltmeisterschaft zum Wachstum der Dienstleistungsexporte beigetragen hat. Volumenmäßig erreicht dieser Effekt eine Größenordnung von ca. 1,5 Mrd. €, was jedoch gesehen auf das Gesamt-BIP-Wachstum des Jahres 2006 einen eher geringen Einfluss hat. Aber es ist auch feststellbar, dass insbesondere gegen Ende des Jahres 2006 andere Bereiche hier Impulse geben konnten. So kam es z. B. im Baugewerbe wieder zu einer deutlichen Belebung. Auch die privaten Konsumausgaben konnten 2006 gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Allerdings muss auch angemerkt werden, dass die insgesamt positiven Entwicklungen noch nicht in vollem Umfang den privaten Konsum erreicht haben. Da jedoch eine verstärkte Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen feststellbar ist, sind auch weiterhin positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt unter Berücksichtigung eines gewissen Time-Lags und somit auch positive Auswirkungen auf den privaten Verbrauch zu erwarten.

**Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Veränderung zum Vorjahresquartal in Prozent**



4. Leitzinsen und Eurokurs

Die stetige Erhöhung der Leitzinsen in den USA, die Mitte des Jahres 2004 eingesetzt hatte, fand zunächst im Jahr 2006 ihr Ende. Zuletzt hat die FED den Leitzins am 29. Juli auf 5,25 % festgelegt.

Die Europäische Zentralbank hat mit einer kontinuierlichen Erhöhung der Leitzinsen Ende des Jahres 2005 begonnen und ab diesem Zeitpunkt den Leitzins von 2,25 % auf aktuell 3,75 % (Stand Mai 2007) erhöht. Diese Straffung der Zinspolitik der EZB steht im Einklang mit der positiven Konjunktorentwicklung und ebenso mit der erfreulichen Entwicklung an den Arbeitsmärkten. Zunehmende Inflationsgefahren waren durchaus einzukalkulieren. Dies, da insbesondere eine Zunahme der Verbraucherpreise durch die vergangenen Ölpreiserhöhungen erkennbar ist.

Anzumerken ist noch, dass die Bank von Japan ihre Nullzins-Politik Mitte des vergangenen Jahres erstmals durch Erhöhung des Tagesgeldsatzes auf 0,25 % beendet hat.

Im Vergleich zum US-Dollar befand sich der Euro zu Beginn des Jahres 2006 in etwa bei einem Kurs von 1,20 US-Dollar. Danach erfolgte eine Aufwertung des Euros, und er bewegte sich bis November 2006 in einem Bereich zwischen 1,25 und 1,29 US-Dollar. Bezogen auf das gesamte Jahr 2006 kann festgehalten werden, dass der Euro gegen den US-Dollar um mehr als 11 % zugelegt hat.

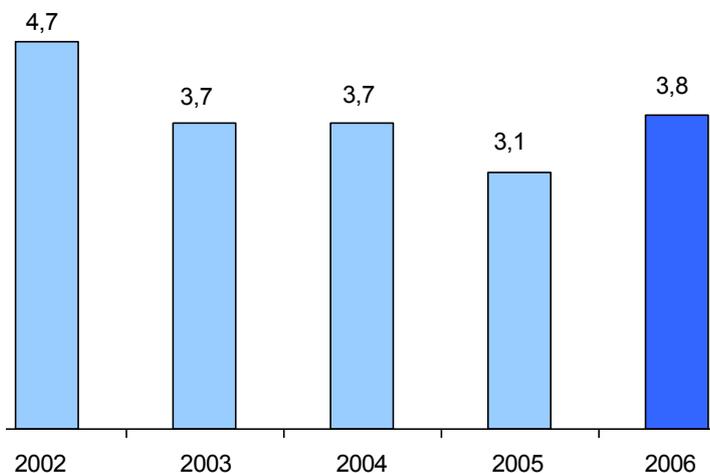
Eine ähnliche Entwicklung des Eurokurses ist auch feststellbar gegenüber dem Yen. Hier erfolgte eine Steigerung der Kursgewinne des Euros im Jahresverlauf auf immerhin rd. 13 % (vgl. hierzu Grafik „Wechselkurs des Euro auf Seite 12“).

5. Renten- und Aktienmarkt

Für die Investoren in Anleihen war das vergangene Jahr eher unbefriedigend. Zunächst erfolgte eine Zinssteigerung von rd. 3,3 % bis auf ca. 4,3 %. Ende 2006 sanken die Zinsen jedoch wieder auf 3,95 %.

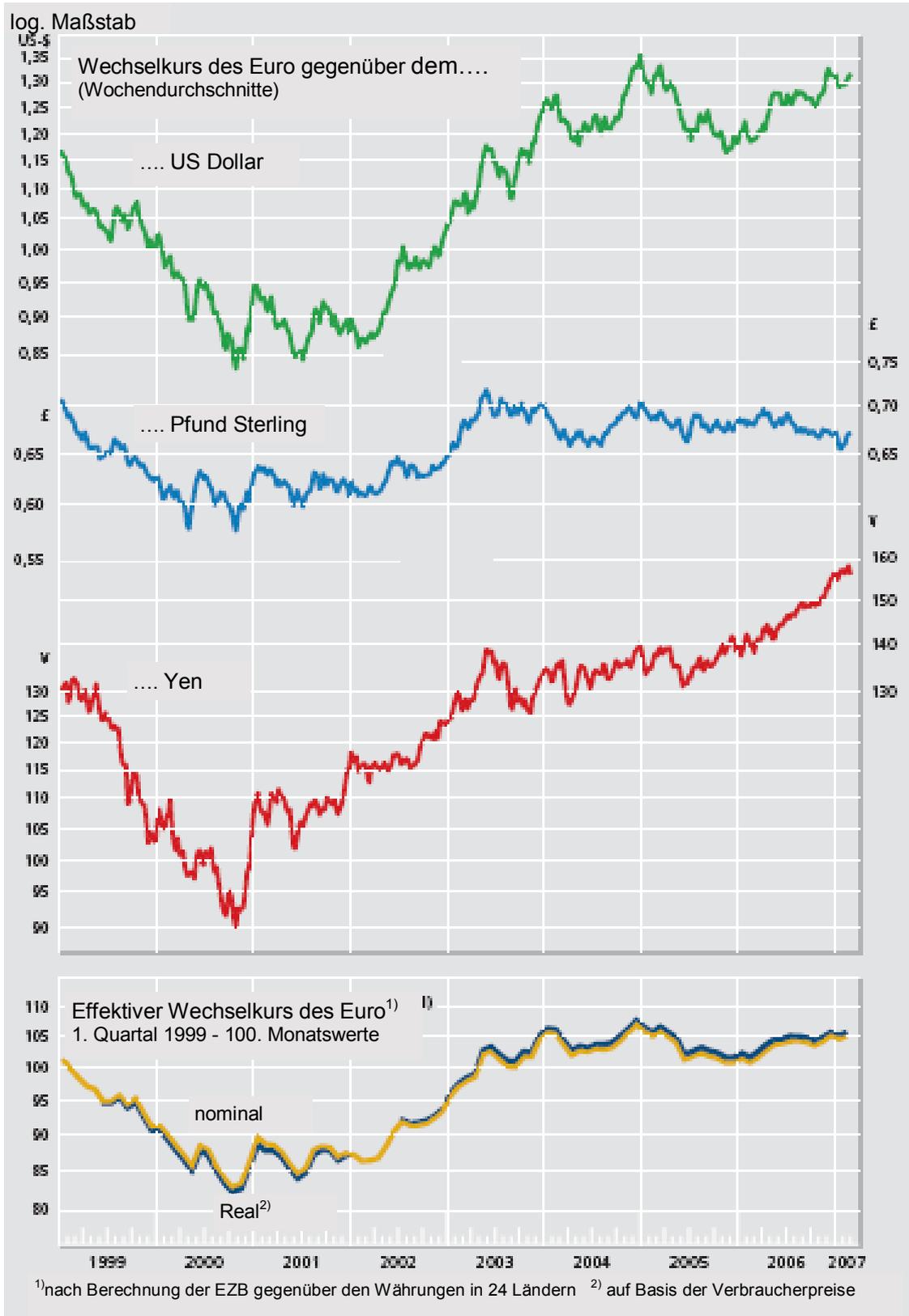
Umlaufrenditen

(Durchschnittsrenditen festverzinslicher inländischer Wertpapiere in % p.a.)



Diese Grafik stellte uns freundlicherweise die Deutsche Apotheker- und Ärztekammer zur Verfügung.

Wechselkurs des Euro



Diese Grafik stellte uns freundlicherweise die Deutsche Bundesbank zur Verfügung.

Nach Informationen des BVI (Bundesverband Investment- und Assetmanagement e.V.) verbuchten die Euro-Rentenfonds im Jahr 2006 ein Minus von 0,4 %.

Seit Ende 2005 hat der DAX- Wert einen Zuwachs von 5.408,26 auf 6.596,92 erzielt. Dies dokumentiert, dass im Jahr 2006 der Aktienmarkt deutlich überlegen war. Hierbei ist noch anzumerken, dass am 28. Dezember des vergangenen Jahres der DAX seinen höchsten Wert seit Februar 2001 erreicht hatte. Der DAX hat im Jahresverlauf somit einen Gewinnzuwachs von knapp unter 22 % erreicht.

Auch europäische Aktienfonds konnten im Jahr 2006 eine Performance von 18,3 % erzielen im Vergleich zur Entwicklung des MSI Europe plus 16,9 %.

Nach Informationen des BDI haben sich jedoch im vergangenen Jahr ganz besonders Investitionen in speziellen Marktsegmenten ausgezahlt: „So erreichten Ost-Europa-Fonds auf Jahressicht eine Wertsteigerung von 27,8 %. Emerging-Market-Fonds brachten es auf einen Zuwachs von 29,5 % und Aktienfonds mit Schwerpunkt Fernost (ohne Japan) legten um 21 % zu.“

6. Verbraucherpreise 2006

Nach den endgültigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist der Verbraucherpreisindex für Deutschland im Jahresdurchschnitt 2006 gegenüber 2005 um 1,7 % gestiegen. Damit lag die Preissteigerungsrate unter der des Jahres 2005 (2,0 %). Ursächlich für diese Preissteigerungsrate ist in erster Linie die Entwicklung der Energiepreise. In diesem Bereich war der stärkste Preisanstieg bei den Gaspreisen zu verzeichnen. Nach einer aktuellen Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 16. Mai 2007 ist der Verbraucherpreisindex für Deutschland von April 2006 bis April 2007 um 1,9 % gestiegen. Dies bedeutet eine Erhöhung des Indexstandes im Vergleich zum Vormonat März um 0,4 %. Zu beachten ist hier, dass die Preisentwicklung bei leichtem Heizöl ebenso rückläufig war wie die Preise für Unterhaltungselektronik.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seiner Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2007 eine Schätzung der Verbraucherpreis-Entwicklung in Deutschland von plus 2,4 % gegenüber dem Vorjahr abgegeben. Dies entspricht in etwa der durchschnittlichen Verbraucherpreis-Entwicklung des Euro-Raumes.

Tätigkeit der Gremien

Nach der Satzung des Versorgungswerkes erledigt der **Geschäftsführende Ausschuss** die Angelegenheiten der laufenden Verwaltung. Nachdem sich bereits im Jahr 2005 abzeichnete, dass zur Optimierung der Kapitalanlagen des Versorgungswerkes eine externe Beratung hilfreich ist, erfolgten in der ersten Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses im Jahre 2006 Präsentationen von vier Consultings. Der Geschäftsführende Ausschuss hat sich mit dem dargelegten Vorgehen dieser Beratungsfirmen intensiv auseinandergesetzt und schließlich dem Verwaltungsausschuss empfohlen, einen entsprechenden Beratungsauftrag zu erteilen.

In der zweiten Frühjahrssitzung des Geschäftsführenden Ausschusses war ein zentraler Punkt der Platzbedarf der ärztlichen Organisationen. Bereits im Vorjahr hatten die ärztlichen Organisationen einen Mehrbedarf an Büroflächen angemeldet und das Versorgungswerk gebeten zu überprüfen, welche Lösungsmöglichkeiten bestehen. In dieser Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses wurden dann umfangreiche Lösungsmaßnahmen skizziert und schließlich dem Verwaltungsausschuss empfohlen, dass das Versorgungswerk für die ärztlichen Organisationen einen Neubau errichten solle. Dieser Beschluss war an eine notwendige und nachhaltige Renditeerzielung des Versorgungswerkes gekoppelt.

In dieser, aber auch in allen anderen Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses erfolgte die Beratung von regelmäßig wiederkehrenden Angelegenheiten des Versorgungswerkes. Hierbei handelt es sich insbesondere um Anträge von Mitgliedern, Widersprüche gegen Verwaltungsakte und auch die permanente Berichterstattung über die Entwicklung der Kapitalanlagen des Versorgungswerkes.

Die beiden Sitzungen dieses Gremiums im Juni des Berichtsjahres hatten fast ausschließlich Fragen der Kapitalanlagen des Versorgungswerkes zum Gegenstand. So hat am 21. Juni 2006 das Consulting-Unternehmen erste Zwischenergebnisse seiner Untersuchung dem Geschäftsführenden Ausschuss präsentiert.

In der ersten Herbst-Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses wurde intensiv beraten über die Errichtung einer Master-Kapitalanlagegesellschaft. Das Gremium war der Auffassung, dass im Rahmen der Neustrukturierung der Kapitalanlagen es sicherlich hilfreich ist, wenn alle neuen Fonds künftig Daten an diese Master-KAG liefern, so dass eine einheitliche Bewertung, Auswertung und ein einheitliches Reporting gegeben ist. So kann das Versorgungswerk die Entwicklung der einzelnen Kapitalanlagesegmente weitaus früher und intensiver beobachten und darauf basierend feststellen, inwieweit die Zielvorgaben erreicht werden.

Die Kernthemen der zweiten Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses im Oktober 2006 waren die Beratungen über die Ergebnisse des versicherungsmathematischen Gutachtens zum 31.12.2005, die Festlegung der Anpassungsmultiplikatoren für die Anwartschaften und die Renten sowie die Festlegung des allgemeinen Steigerungsbetrages für das Jahr 2007. (Der allgemeine Steigerungsbetrag ist der Zuwachs an Monatsrente, der erzielt wird, indem ein Jahr lang der höchstmögliche Angestelltenpflichtversicherungsbeitrag an das Versorgungswerk gezahlt wird.)

Weitere Themen dieser Sitzung waren die Beratung über den Rechenschaftsbericht 2005, der Prüfbericht der Wirtschaftsprüfer, die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2005, der Zwischenbericht zum Haushaltsplan 2006 und die Vorlage des Haushaltsplans 2007.

In der Vergangenheit sind häufiger Probleme aufgetreten bei der Gewährung von Berufsunfähigkeitsrenten auf Zeit, da es auch hierzu notwendig war, dass die ärztliche Tätigkeit bei Vertragsärzten zum Ruhen gebracht wurde. Nach intensiver Beratung dieser Thematik hat der Geschäftsführende Ausschuss dem Verwaltungsausschuss empfohlen, dass bei der Gewährung der Berufsunfähigkeitsrente auf Zeit die ärztliche oder zahnärztliche Tätigkeit als eingestellt gilt, wenn die Praxis durch einen Praxisvertreter weitergeführt wird.

Im November des Berichtsjahres hat schließlich die Consulting-Firma dem Geschäftsführenden Ausschuss die Ergebnisse der Neustrukturierung der Kapitalanlagen des Versorgungswerkes unter Einbeziehung der Ergebnisse einer Asset-Liability-Studie vorgestellt. Nach eingehender Beratung hat der Geschäftsführende Ausschuss umfangreiche Beschlüsse zur Neustrukturierung der Kapitalanlagen des Versorgungswerkes gefasst und gebeten, diese dem Verwaltungsausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Nach der Satzung des Versorgungswerkes gehören zu den Aufgaben des **Verwaltungsausschusses** die Verwaltung der Mittel, die Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses, die Überwachung der Geschäftstätigkeit, die Aufstellung des Haushaltsplans und der Jahresrechnung, die Feststellung des jährlichen allgemeinen Steigerungsbetrages und der Anpassungsmultiplikatoren für Renten und Anwartschaften sowie die Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Naturgemäß werden in vielen Fällen die Themen des Geschäftsführenden Ausschusses auch im Verwaltungsausschuss behandelt. So hat sich der Verwaltungsausschuss in seiner Frühjahrssitzung am 28. März zunächst intensiv mit den Möglichkeiten auseinandergesetzt, den Platzbedarf der ärztlichen Organisationen zu decken. Nach eingehender Diskussion hat das Gremium darum gebeten, weitere Informationsunterlagen zu diesem Thema zusammenzustellen, um diese in einer der nächsten Sitzungen zu diskutieren.

In der gleichen Sitzung wurde auch die Frage der Beratung des Versorgungswerkes durch ein Consulting-Unternehmen erörtert. Schließlich hat der Verwaltungsausschuss den Beschluss zur entsprechenden Beauftragung gefasst.

Einzigiger Beratungspunkt in der zweiten Sitzung des Verwaltungsausschusses waren eventuelle Baumaßnahmen des Versorgungswerkes zur Deckung des Raumbedarfs der ärztlichen Organisationen. Nach abermals intensiver Diskussion wurde der Beschluss gefasst, der Vertreterversammlung zu empfehlen, dass das Versorgungswerk einen Neubau für die ärztlichen Organisationen errichtet. Dies soll geschehen auf Grundlage der nachhaltigen Renditeerzielung für das Versorgungswerk unter Berücksichtigung einer Obergrenze für die Mietzahlungen durch die ärztlichen Organisationen.

In der ersten Herbstsitzung des Verwaltungsausschusses war einziges Thema der Beratungen die Präsentation der Ergebnisse der Consulting-Firma hinsichtlich der Optimierung des Prozesses der Kapitalanlagen und der Realisierung einer effizienten Asset-Allocation.

Das Thema „Raumbedarf der ärztlichen Organisationen“ war auch Gegenstand der Oktober-Sitzung des Verwaltungsausschusses. Hierbei wurden entsprechend den vorangegangenen Beschlüssen mögliche Neubaumaßnahmen diskutiert und deren Realisierbarkeit gemessen an den Rahmenbedingungen des Versorgungswerkes und der Mieter.

Ebenso wurde in dieser Sitzung die Errichtung einer Master-KAG entsprechend dem Vorschlag des Kammerpräsidenten und des Geschäftsführenden Ausschusses beschlossen.

Wie im Herbst eines jeden Jahres hat dann in einer zweiten Sitzung im Oktober der Verwaltungsausschuss sich mit den Themen versicherungsmathematisches Gutachten, Anpassungsmultiplikatoren für Anwartschaften und Renten, allgemeiner Steigerungsbetrag, Rechenschaftsbericht für das Jahr 2005, Prüfbericht der Wirtschaftsprüfer, Bestellung der Wirtschaftsprüfer, Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2005, Zwischenbericht zum Haushaltsplan 2006 und Haushaltsplan für das Jahr 2007 befasst und die vom Geschäftsführenden Ausschuss formulierten Beschlüsse übernommen.

Ebenso wurde der Satzungsänderung zugestimmt, die die Weiterführung einer Praxis durch einen Praxisvertreter bei einer Berufsunfähigkeitsrente auf Zeit zulässt. In der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses im Jahr 2006 erfolgte schließlich eine eingehende Diskussion über die Präsentation der Ergebnisse zur Neustrukturierung der Kapitalanlagen des Versorgungswerkes unter Einbeziehung einer Asset-Liability-Studie. Ohne die Festlegungen an dieser Stelle im Detail darstellen zu können, hat der Verwaltungsausschuss beschlossen, im Großen und Ganzen den Empfehlungen des Consultings zu folgen. Dies geschieht in der Erwartung, dass sukzessive eine Zielrendite von 5,0 bis 5,5 % über alle Kapitalanlagensegmente des Versorgungswerkes erreicht werden kann.

Die Vertreterversammlung hat nach der Satzung des Versorgungswerkes die Aufgaben, über die Satzung des Versorgungswerkes zu beschließen, die Mitglieder des Verwaltungsausschusses zu wählen, den jährlichen Haushaltsplan festzustellen, den Prüfbericht und den Rechenschaftsbericht entgegenzunehmen und die Jahresrechnung zu prüfen sowie über die Entlastung des Verwaltungsausschusses zu beschließen.

Nach umfangreichen Diskussionen in allen Gremien des Versorgungswerkes hat sich die Vertreterversammlung in ihrer Sitzung am 8. November mit dem Neubau eines Verwaltungsgebäudes für die ärztlichen Organisationen beschäftigt. Grundlage hierzu war die umfassende Darstellung eines Neubauprojekts in Saarbrücken, St. Johanner Straße, durch die Fa. ABIG Immobilien- und Verwaltung GmbH. Nach eingehender und zum Teil kontrovers geführter Diskussion haben die ärztlichen Mitglieder der Vertreterversammlung beschlossen, dass die Ärztekammer Räumlichkeiten in dem geplanten Neubau anmietet, sofern der Mietpreis eine bestimmte Grenze nicht überschreitet. Darüber hinaus war dieser Beschluss daran gekoppelt, dass die Kassenärztliche Vereinigung eine entsprechende Entscheidung trifft.

In der gleichen Sitzung hat dann die Vertreterversammlung insgesamt einer vom Versorgungswerk vorzunehmenden Errichtung eines Verwaltungsgebäudes für die ärztlichen Organisationen in Saarbrücken, St. Johanner Straße, zugestimmt mit der Maßgabe, dass sich für das Versorgungswerk eine Rendite von 6,5 % ergibt. Auch dieser Beschluss erfolgte unter dem Vorbehalt, dass die Kassenärztliche Vereinigung Saarland betreffend die Anmietung von Räumlichkeiten in dem neuen Verwaltungsgebäude eine gleichlautende Entscheidung trifft wie die Abteilung Ärzte der Ärztekammer des Saarlandes.

In der Dezember-Sitzung 2006 hat die Vertreterversammlung entsprechend dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses einer Satzungsänderung zugestimmt (Weiterführung der Praxis durch einen Praxisvertreter bei Gewährung einer Berufsunfähigkeitsrente auf Zeit). Es wurde weiterhin der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2005 entgegen genommen. Der Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde zustimmend zur Kenntnis genommen, die Jahresrechnung für das Jahr 2005 und der Haushaltsplan für das Jahr 2007 wurden in der vorgelegten Form festgestellt. Dem Verwaltungsausschuss des Versorgungswerkes wurde für das Jahr 2005 Entlastung erteilt.

Mitglieder und Beiträge

Der Anwartschaftsbestand hat zum 31.12.2006 gegenüber dem 31.12.2005 um rd. 3,4 % zugenommen. Verursacht durch das Lokalisierungsprinzip bei der Feststellung der Mitgliedschaft einerseits und durch eine zunehmende Migration der Mitglieder innerhalb und außerhalb von Deutschland ist die Anzahl der Anwartschaften unterschiedlicher Mitglieder von 2005 auf 2006 um rd. 60 % gestiegen. Auch künftig ist davon auszugehen, dass die Anzahl dieser Anwartschaften zunehmen wird.

Auch die Beitragseinnahmen, die im Jahr 2006 rd. 46,7 Mio. € betragen, haben gegenüber dem Vorjahr um rd. 3,8 % zugenommen.

Leistungsempfänger und Leistungen

Die Gesamtzahl der Rentenfälle hat per 31.12.2006 gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres um rd. 3,3 % zugenommen. Die Rentenzahlungen hingegen sind um 5,7 % angewachsen. In diese Steigerung ist auch eingeflossen die Dynamisierung der Renten ab 1.1.2006 um 1 %.

Kapitalanlagen und Kapitalerträge

Der Bilanzwert der gesamten Kapitalanlagen hat sich im Laufe des Jahres 2006 von rd. 600,8 Mio. € auf rd. 609,1 Mio. €, d. h. um rd. 1,4 % erhöht. Allerdings spiegelt diese bilanziell korrekte Darstellung nicht die tatsächliche Erhöhung des Kapitalanlagevolumens wider. Dies, da zum Ende des Berichtsjahres ein Fonds übertragen wurde, so dass aus diesem Grund zum Jahresende ein Kassenbestand von rd. 34 Mio. € bilanziell ausgewiesen wurde. Tatsächlich ist dieser Betrag jedoch den Kapitalanlagen zuzurechnen, so dass unabhängig von der bilanziellen Stichtagsbetrachtungsweise Kapitalanlagen in Höhe von rd. 643 Mio. € vorhanden waren, was einem Zuwachs von rd. 7 % entspricht.

Die Kapitalerträge haben gegenüber 2005 9 % zugenommen. Dies resultiert einerseits aus dem höheren Kapitalanlagevolumen, aber auch einer verbesserten Renditesituation am Kapitalmarkt. Dies drückt sich auch darin aus, dass die durchschnittliche Verzinsung von 4,93 % im Jahr 2005 auf 5,02 % im Jahr 2006 gestiegen ist.

Immobilienanlagen

Wie bereits im Vorjahr hat sich der Buchwert der im Direktbestand gehaltenen Immobilien des Versorgungswerkes nur minimal vermindert durch entsprechende Abschreibungen. Allerdings hat das Versorgungswerk auch einen sog. Pool-Fonds, an dem mehrere Versorgungswerke beteiligt sind. Hieran wird ein Anteil von 19,2 % gehalten. Der Buchwert dieser Fondsanteile ist im Berichtsjahr auf rd. 15,5 Mio. € gestiegen. Der Immobilienfonds befindet sich nach wie vor in der Auflegungsphase. Nach deren Abschluss wird das Versorgungswerk im Fonds einen Anteil von rd. 25 Mio. € halten.

Bilanzüberblick

Die Bilanzsumme zum 31.12.2006 beläuft sich auf insgesamt rd. 661,6 Mio. €. Gegenüber dem 31.12.2005 ergab sich somit eine Zunahme von rd. 6,1 %. Der mit rd. 34 Mio. € ausgewiesene Kassenbestand hat lediglich einen stichtagsbezogenen buchhalterischen Hintergrund. Tatsächlich handelt es sich hierbei um einen Fonds, der zum Jahresende auf eine andere Kapitalanlagegesellschaft übertragen wurde. Dies erfolgte durch Auflösung und Neuanlage, so dass zum Jahresendzeitpunkt sich für sehr kurze Zeit dieser Kassenbestand ergab.

Die Einzelheiten hierzu können aus der Bilanz zum 31.12.2006 sowie aus der Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2006 (s. Seiten 37/38) entnommen werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres

Entsprechend den Beschlüssen der Gremien wurde ab 1.1.2007 die Rentenanpassung für die bestehenden Anwartschaften und laufenden Renten im Umfang von 1 % durchgeführt.

Ebenfalls zu diesem Zeitpunkt wurden entsprechend den Beratungsergebnissen der Consulting-Firma die Fonds des Versorgungswerkes neu strukturiert. Es wurde eine Master-KAG eingerichtet ab dem 1.1.2007, die für das Reporting und Controlling der Fonds ebenso zuständig ist wie für die Performancemessung der Direktanlagen.

Die Lebenserwartung der Mitglieder und Rentner ist für die Finanzierung des Versorgungswerkes von erheblicher Bedeutung. Schon seit längerer Zeit ist feststellbar, dass die Lebenserwartung der Bevölkerung und insbesondere auch der Ärzte und Zahnärzte stetig zunimmt. Dies war für die Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungswerke Anlass, im Auftrage aller Versorgungswerke ein renommiertes versicherungsmathematisches Büro mit der Erstellung neuer Sterbetafeln zu beauftragen. Dieses Büro hat im Frühjahr 2007 den Versorgungswerken sog. Generationentafeln zur Verfügung gestellt.

Der Versicherungsmathematiker unseres Versorgungswerkes hat die konkreten Auswirkungen dieser neuen Sterbetafeln entsprechend geprüft und im versicherungsmathematischen Gutachten zum 31.12.2006 bereits berücksichtigt.

Saarbrücken, den 07. September 2007

San. Rat Dr. Wolfgang Roth
1. Vizepräsident

Anwartschaften

Entwicklung Anwärterbestand

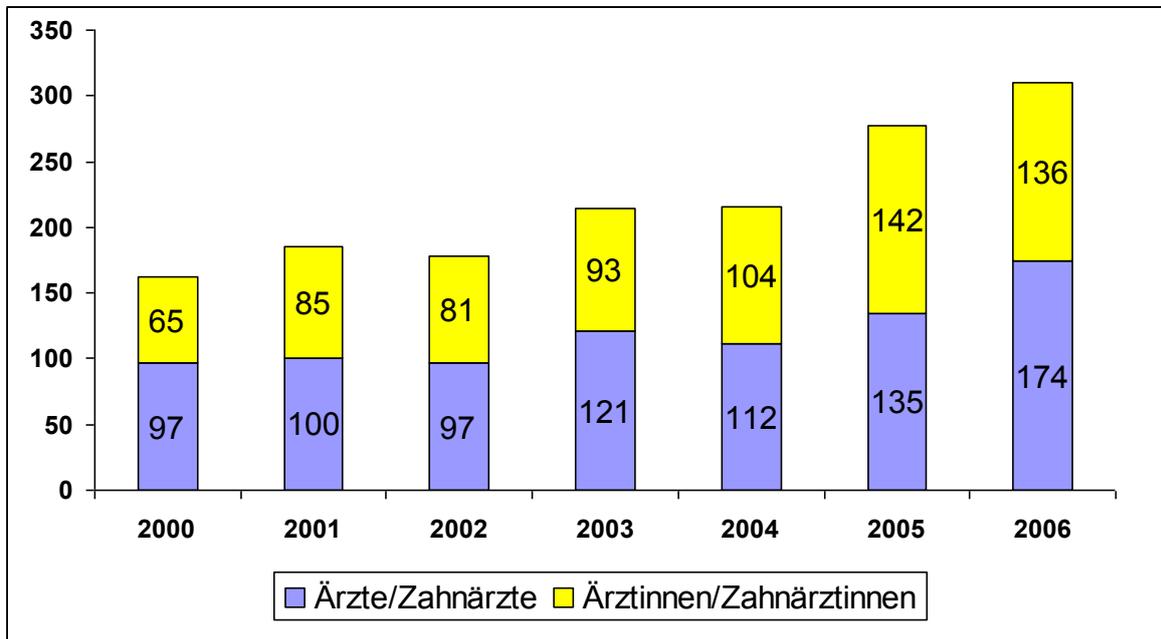
Das Versorgungswerk der Ärztekammer des Saarlandes hatte am 31.12.2005 einen Bestand von 4.316 Mitgliedern, der sich bis zum 31.12.2006 auf 4.462 Mitglieder erhöht hat.

Er ist somit im Geschäftsjahr 2006 um 146 Mitglieder angewachsen. Dies sind 3,38 % mehr als in 2005.

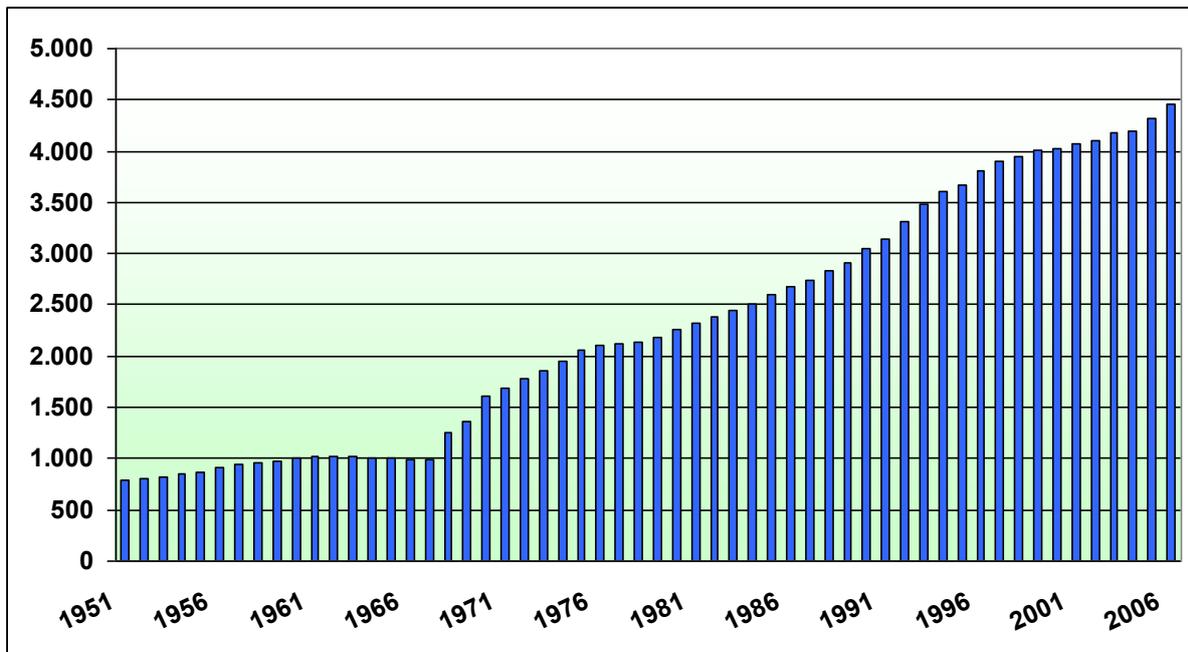
In dem Anwärterbestand sind neben aktiven Mitgliedern auch solche Mitglieder enthalten, die bestehende Anwartschaften in unserem Versorgungswerk haben, aber inzwischen ausgeschieden sind.

Anwärterbestand			2006	2005
am 1. Januar			4.316	4.198
Mitgliederzugang	2006	2005	310	278
durch:				
Überleitungszugang	57	45		
Neuzugang	252	232		
Reaktivierte BU-Rente	1	1		
Mitgliederabgang			-164	-160
durch:				
Tod	4	5		
Altersrente	21	25		
vorgezogene Altersrente	40	55		
Berufsunfähigkeitsrente	10	17		
Überleitung	79	44		
Mitgliedsende	10	14		
Effektiver Mitgliederzugang			146	118
Anwärterbestand am 31.12.			4.462	4.316
davon:				
Aktive Mitglieder			4.293	4.210
Anwartschaften ausgeschiedener Anwärter			169	106

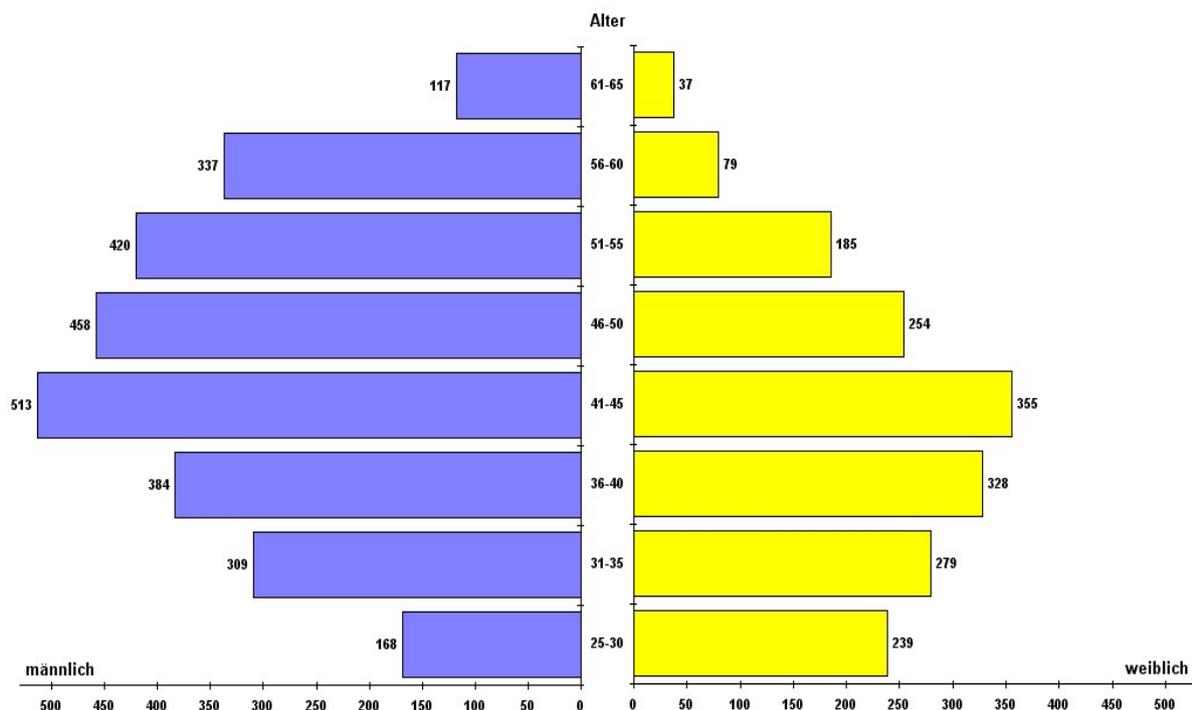
Mitgliederneuzugang



Anzahl der Mitglieder seit Gründung des Versorgungswerkes



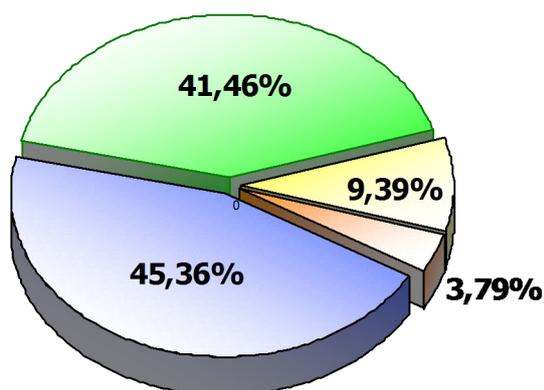
Altersstruktur der Mitglieder am 31.12.2006



Mitgliederstruktur

Dem Versorgungswerk gehörten zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres 2006 2.024 angestellte Ärzte und Zahnärzte und 1.850 niedergelassene Ärzte und Zahnärzte an.

- Angestellte Mitglieder (2.024)
- Niedergelassene (1.850)
- Sonstige (419)
- Ausgeschiedene Anwärter (169)



Überleitungen

Im Jahr 2006 waren für 79 Abgänge durch Überleitung an andere Versorgungswerke Zahlungen von insgesamt 1.221.219,44 € erforderlich.

Dem standen 57 Zugänge zum Versorgungswerk mit einer Summe von 701.498,59 € gegenüber.

Die im Jahr 2006 erfolgten Überleitungen sind aus nachstehender Tabelle zu ersehen.

Versorgungswerke	Zugänge	Abgänge
Bayerische Ärzteversorgung	13	24
Berliner Ärzteversorgung	3	1
Ärzteversorgung Land Brandenburg	1	4
VW Landesärztekammer Hessen	9	2
Hessische Zahnärzteversorgung	1	3
VW Bezirksärztekammer Koblenz	1	3
Ärzteversorgung Mecklenburg-Vorpommern	1	1
Ärzteversorgung Niedersachsen	1	3
VW Zahnärztekammer Niedersachsen	1	
Nordrheinische Ärzteversorgung	3	9
Sächsische Ärzteversorgung	1	2
Ärzteversorgung Sachsen-Anhalt	1	
VW Ärztekammer Schleswig-Holstein	2	1
VW Zahnärztekammer Schleswig-Holstein		1
VW Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz	3	1
Ärzteversorgung Thüringen	2	1
VW Bezirksärztekammer Trier	1	4
Baden-Württembergische Versorgungsanstalt	8	15
Ärzteversorgung Westfalen-Lippe	5	4
	57	79

Beiträge

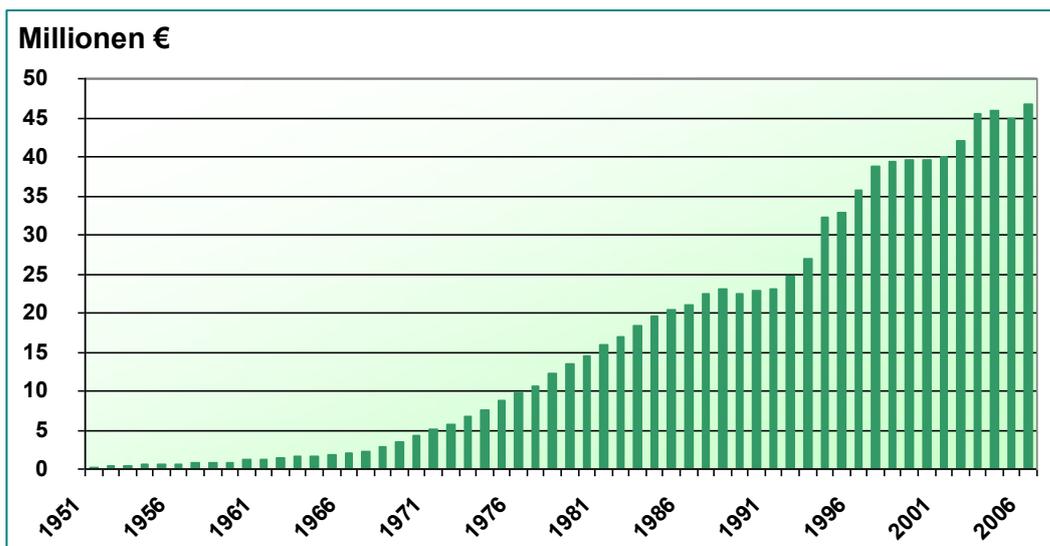
Beitragsaufkommen

Die Beitragseinnahmen im Geschäftsjahr 2006 in Höhe von 46.674.685,10 € sind gegenüber den Einnahmen des Geschäftsjahres 2005 in Höhe von 44.975.679,67 € um 1.699.005,43 € bzw. 3,78 % angestiegen.

Der prozentuale Anteil der niedergelassenen Mitglieder, die einen geminderten Pflichtbeitrag nach § 13 Absatz 5 der Satzung entrichtet haben, war auch im Geschäftsjahr 2006 weiterhin rückläufig: 382 Mitglieder zahlten einen geminderten Beitrag. Dies entspricht einem prozentualen Anteil der Gruppe der selbständigen Ärzte und Zahnärzte von 20,64 %. Im Jahr 2005 nahmen noch 21,63 % der selbständigen Ärzte und Zahnärzte die Möglichkeit einer Beitragsminderung in Anspruch, im Jahr 2004 waren es 24,72 % und im Jahr 2003 26,42 %.

Aus der folgenden Grafik ist die Entwicklung des Beitragsaufkommens seit Gründung des Versorgungswerkes im Jahr 1951 zu ersehen.

Entwicklung Beitragsaufkommen



Nachversicherungen

Im Geschäftsjahr 2006 wurde beim Versorgungswerk der Ärztekammer des Saarlandes eine Nachversicherung mit einem Beitrag von 25.123,15 € durchgeführt.

Beitragsrückgewähr

Die Möglichkeit der Beitragsrückgewähr nach Aufgabe der Tätigkeit im hiesigen Kammerbereich wurde mit Wirkung zum 01.01.2005 in der Satzung gestrichen.

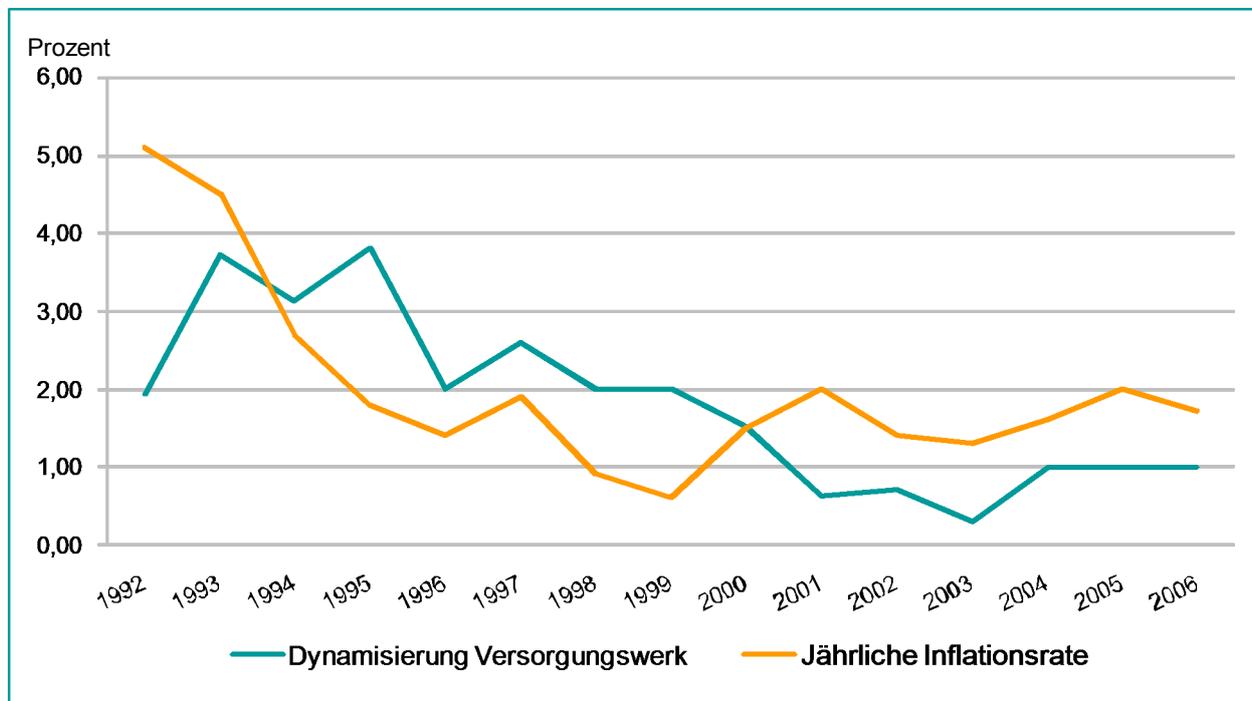
Zehn Mitgliedschaften von Gastärzten und Stipendiaten endeten ohne Beitragszahlung.

Anwartschaften

Die Anwartschaften der Mitglieder ergeben sich aus der jährlichen Beitragsleistung, dem jährlich höchsten Angestelltenpflichtversicherungsbeitrag und dem allgemeinen Steigerungsbetrag. Die Anwartschaften werden jährlich durch einen Anpassungsfaktor dynamisiert. Der Verwaltungsausschuss hat in Anlehnung an entsprechende Empfehlungen eines Sachverständigen auf Grundlage seines versicherungsmathematischen Gutachtens die Bezugsgrößen für die Anwartschaften wie folgt festgesetzt:

Allgemeiner Steigerungsbetrag gem. § 18 Absatz 3		Anpassungsmultiplikator der Anwartschaften gem. § 18 Absatz 3		
Jahr	€	Anwartschaften bis	Faktor	Anpassung ab
1.7. - 31.12.1989	26,33	30.06.1989	1,01400	1.1.1990
1.1. - 31.12.1990	54,21	31.12.1989	1,02960	1.1.1991
1.1. - 31.03.1991	13,98			
1.4. - 31.12.1991	39,71	31.12.1990	1,01932	1.1.1992
1.1. - 31.12.1992	55,38	31.12.1991	1,03711	1.1.1993
1.1. - 31.12.1993	57,98	31.12.1992	1,03130	1.1.1994
1.1. - 31.12.1994	67,15	31.12.1993	1,03800	1.1.1995
1.1. - 31.12.1995	66,76	31.12.1994	1,02000	1.1.1996
1.1. - 31.12.1996	70,68	31.12.1995	1,02600	1.1.1997
1.1. - 31.12.1997	76,60	31.12.1996	1,02000	1.1.1998
1.1. - 31.12.1998	78,47	31.12.1997	1,02000	1.1.1999
1.1. - 31.12.1999	77,06	31.12.1998	1,01500	1.1.2000
1.1. - 31.12.2000	76,38	31.12.1999	1,00630	1.1.2001
1.1. - 31.12.2001	76,46	31.12.2000	1,00700	1.1.2002
1.1. - 31.12.2002	77,36	31.12.2001	1,00300	1.1.2003
1.1. - 31.12.2003	89,51	31.12.2002	1,00750	1.1.2004
1.1. - 31.12.2004	90,38	31.12.2003	1,01000	1.1.2005
1.1. - 31.12.2005	91,26	31.12.2004	1,01000	1.1.2006
1.1. - 31.12.2006	92,14	31.12.2005	1,01000	1.1.2007

Jährliche Dynamisierung Versorgungswerk und Inflationsrate



Leistungen

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 11. Oktober 2005 eine Dynamisierung der Renten und Anwartschaften ab dem 01.01.2006 um 1,00 % beschlossen.

128 Personen erhielten erstmals in 2006 eine Rente von dem Versorgungswerk. 84 Rentenzahlungen endeten im Jahr 2006.

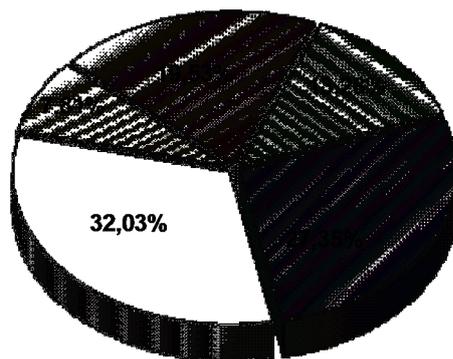
Der Bestand der Rentner erhöhte sich im Geschäftsjahr 2006 somit um 44 Neuzugänge auf 1.386.

Von den insgesamt 76 Neuzugängen bei den Altersrenten im Jahr 2006 haben 41 Mitglieder von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die vorgezogene Altersrente bereits vor Vollendung des 65. Lebensjahres in Anspruch zu nehmen.

In der Übersicht auf Seite 27 sind die Zu- und Abgänge bei den verschiedenen Rentenarten im Jahr 2006 dargestellt.

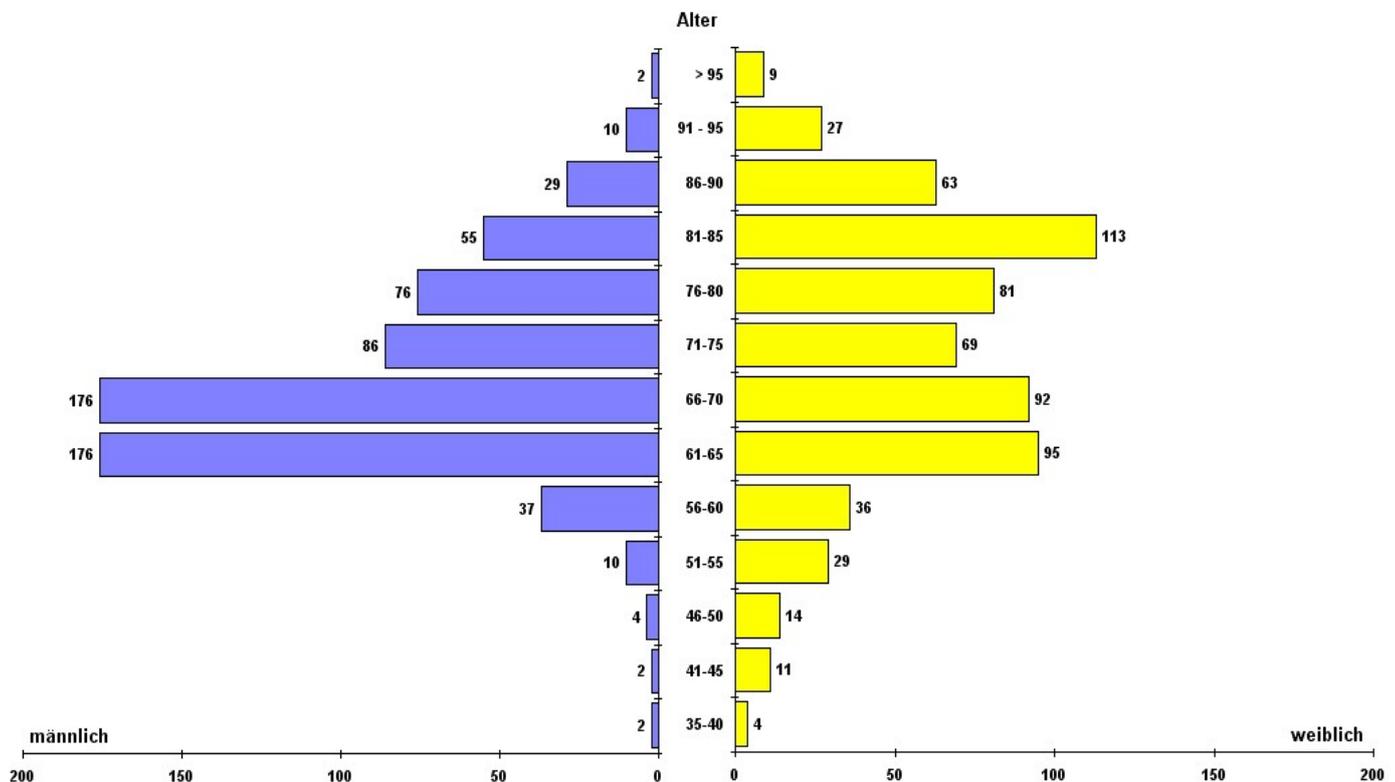
Rentenart	Stand am 31.12.2005	Zugänge	Abgänge	Veränderung	Stand am 31.12.2006
Altersrenten	707	76	28	48	755
BU-Renten	112	10	21	-11	101
Witwen(r)-renten	449	25	22	3	452
Waisenrenten	74	17	13	4	78
Rentenfälle insgesamt	1.342	128	84	44	1.386

Aufteilung der Rentenzugänge im Jahr 2006



- Altersrenten (65. Lbj.)
- Vorgezogene Altersrenten
- BU-Renten
- Witwenrenten
- Waisenrenten

Altersstruktur der Rentner (ohne Waisen) am 31.12.2006



Rentenzahlungen

Durch das Ansteigen der Anzahl der Rentenfälle auf nunmehr 1.386 am 31. Dezember 2006 und der ab 1. Januar 2006 erfolgten Rentenerhöhung um 1,0 % wurden im Jahr 2006 insgesamt 32.566.850,28 € an Versorgungsleistungen ausgezahlt.

Zahlungen von Erziehungsbeihilfe

Im Jahr 2006 wurde an eine Empfängerin von Berufsunfähigkeitsrente Erziehungsbeihilfe für ein minderjähriges bzw. in Berufsausbildung stehendes Kind in Höhe von 609,24 € gezahlt.

Zuschüsse zu Rehabilitationsmaßnahmen

Im Berichtsjahr 2006 wurden keine Zuschüsse zu besonders aufwendigen Maßnahmen zur Rehabilitation beantragt.

Aufwendungen wegen Versorgungsausgleichs

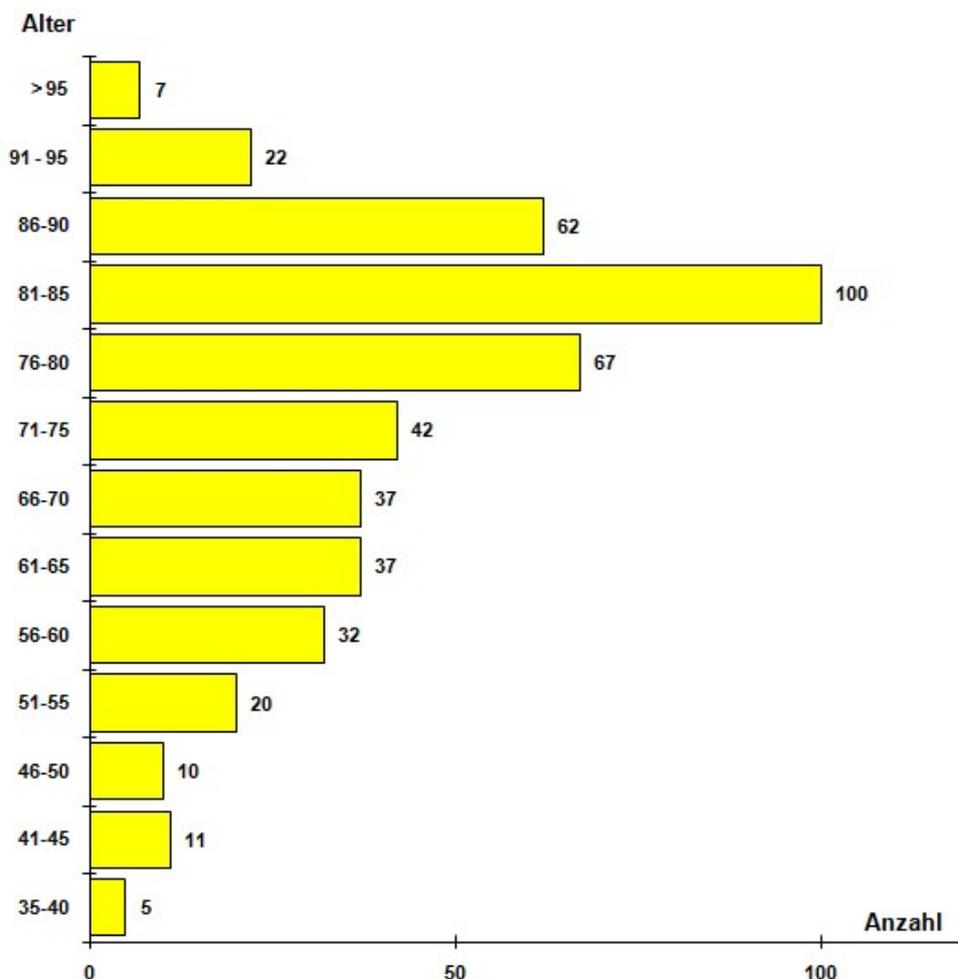
Das Versorgungswerk hatte im Jahre 2006 Erstattungen von Aufwendungen an gesetzliche Rentenversicherungsträger wegen durchgeführter Versorgungsausgleiche in folgender Höhe vorzunehmen:

Aufwendungen wegen Rentenleistungen	276.753,06 €
Aufwendungen wegen Rehabilitationsleistungen	0,00 €

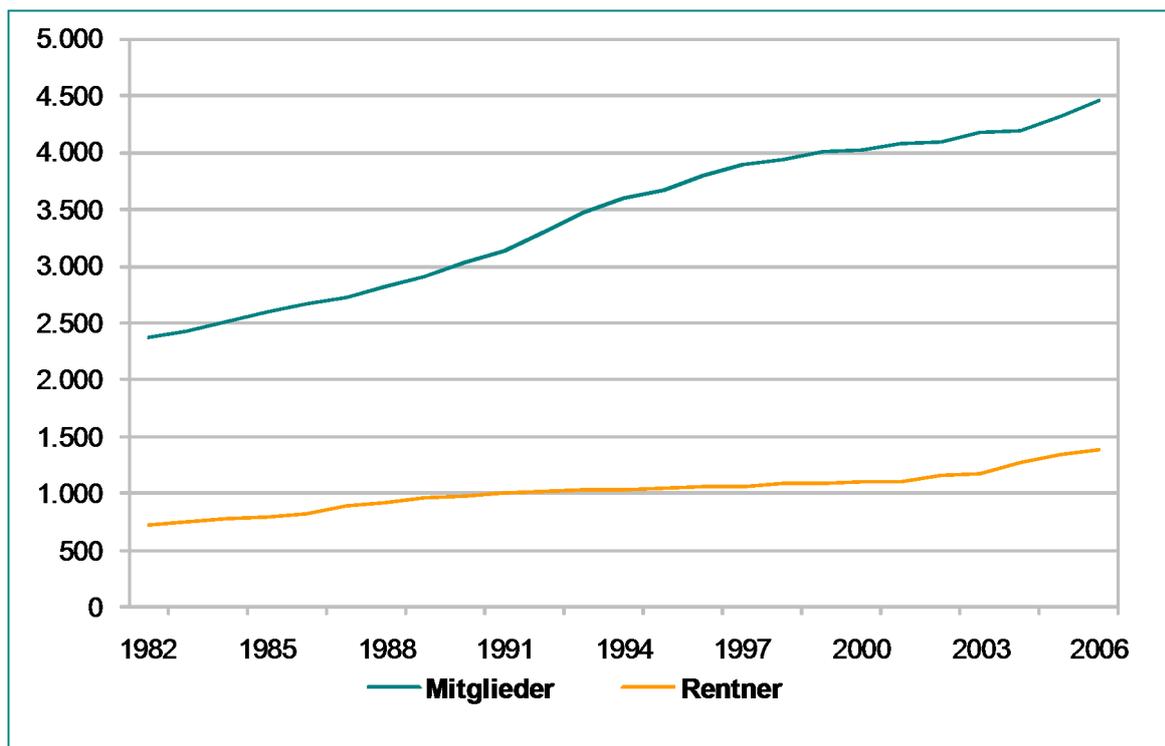
Kapitalabfindungen

Im Geschäftsjahr 2006 wurde keine Kapitalabfindung wegen Wiederheirat einer Witwe bzw. eines Witwers gezahlt.

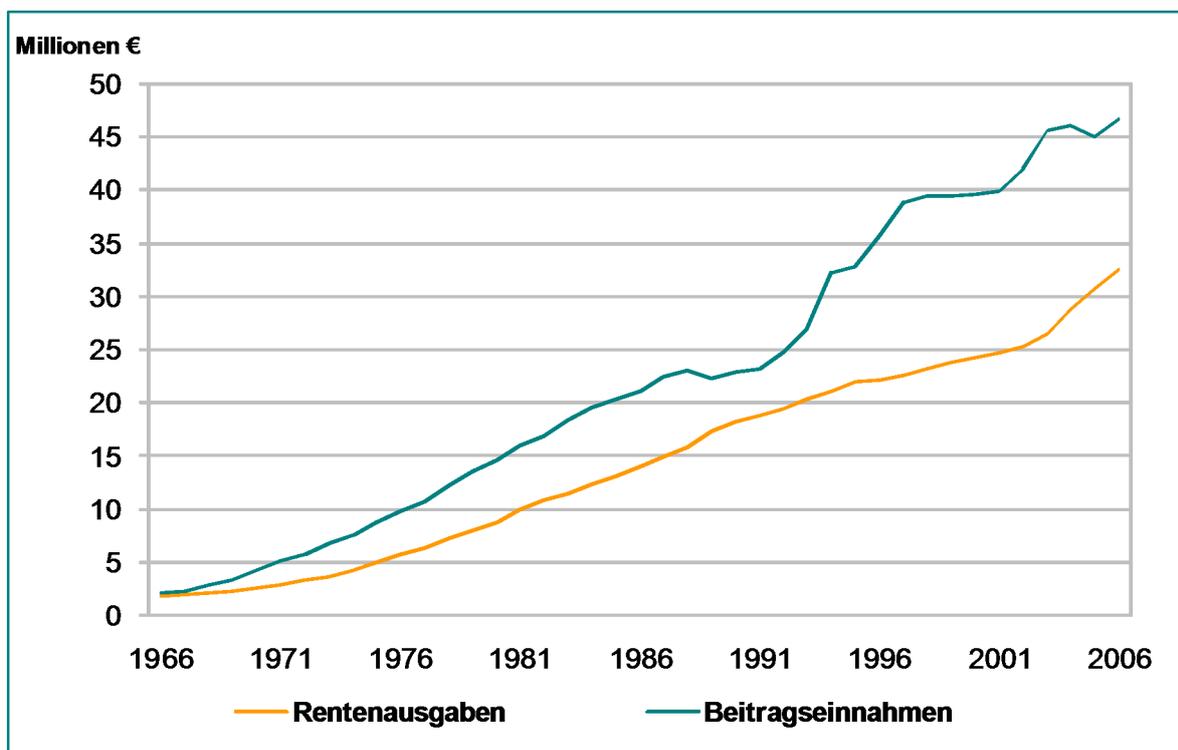
Altersstruktur der Witwen/Witwerrentner am 31.12.2006



Entwicklung Mitglieder- und Rentnerbestand seit 1982



Entwicklung Rentenzahlungen und Beitragseinnahmen seit 1966



Vermögen

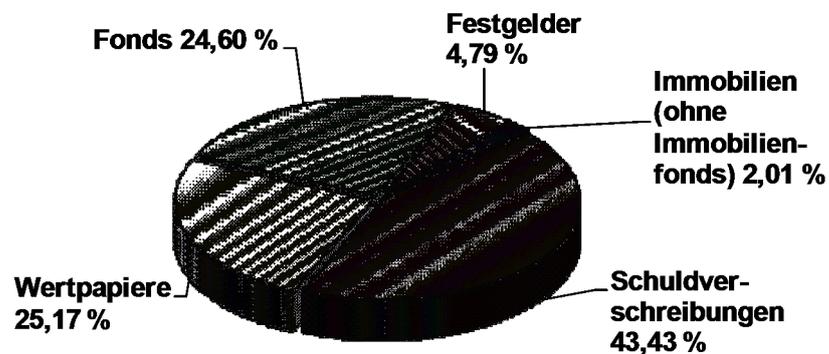
Entwicklung des Vermögens des Versorgungswerkes

Für die dauerhafte Finanzierbarkeit der Leistungen des Versorgungswerkes ist eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnete Deckungsrückstellung (Vermögen) erforderlich. Bei der Betrachtung der Entwicklung des Vermögens des Versorgungswerkes ist es unabdingbar, den Blick auch auf die Kapitalerträge zu lenken. Dies, da auch der Mathematiker bei der Berechnung seiner Deckungsrückstellung einen sog. Rechnungszins unterstellt.

In der jüngsten Vergangenheit hat sich nun gezeigt, dass der Kapitalmarkt schon über einen längeren Zeitraum hinweg ein relativ geringes Zinsniveau aufweist. Diesem Szenario können sich auch die Vermögensanlagen des Versorgungswerkes nicht entziehen. Gleichwohl können durch Änderungen der Struktur der Kapitalanlagen positive Effekte erreicht werden ohne dass hierdurch ein nicht vertretbares Risiko in den Kapitalanlagen entsteht. Um gerade dies noch besser für das Versorgungswerk nutzen zu können, wurde im Auftrag des Verwaltungsausschusses im Berichtsjahr eine Asset-Liability-Studie von einem anerkannten Consulting-Unternehmen erstellt. Nach eingehenden Diskussionen in den Gremien wurden die wesentlichen Vorschläge dieser Studie mit Wirkung zum 1.1.2007 umgesetzt. Diese Neustrukturierung betrifft in erster Linie die professionell gemanagten Fonds des Versorgungswerkes, deren Anteil an den gesamten Kapitalanlagen auch künftig tendenziell erhöht werden wird.

Aufteilung der Kapitalanlagen des Versorgungswerkes		
	2006	2005
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (ohne Immobilienfonds)	12.224.338,00	12.806.546,00
Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	264.559.809,92	274.295.360,80
Wertpapiere und Anteile	153.308.292,19	144.603.676,03
Fonds	149.817.542,76	160.437.674,32
Festgelder	29.185.000,00	8.685.000,00
Kapitalanlagen insgesamt	609.094.982,87	600.828.257,15

Aufteilung Kapitalanlagen zum 31.12.2006



Erträge aus Kapitalanlagen

	2006	2005
	EUR	EUR
Erträge aus:		
Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	2.389.297,34	2.272.290,40
Beteiligungen	9.399,75	9.399,75
Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	12.446.930,75	12.966.827,98
Auflösung des Disagios zu Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen	11.748,98	11.831,81
Wertpapieren	7.794.268,09	6.897.116,63
Fonds	5.956.340,57	6.021.024,83
Festgeldern	304.538,48	99.716,22
Abgang von Kapitalanlagen und aus Zurechnungen	2.205.223,62	89.476,08
Sonstige Erträge Kap. Anlagen	34.327,34	217.378,14
Erträge insgesamt	31.152.074,92	28.585.061,84

Durchschnittliche Verzinsung der Kapitalanlagen
--

Geschäftsjahr	Bilanzwert der Kapitalanlagen am		Mittelwert
	Beginn	Ende	€
	des Geschäftsjahres		
	€	€	
2005	559.406.222,54	600.828.257,15	580.117.239,85
2006	600.828.257,15	640.016.041,73 ¹⁾	620.422.149,44

Erträge aus Kapitalanlagen
im Geschäftsjahr 2005.....28.585.061,84 €

Erträge aus Kapitalanlagen
im Geschäftsjahr **2006**.....**31.152.074,92 €**

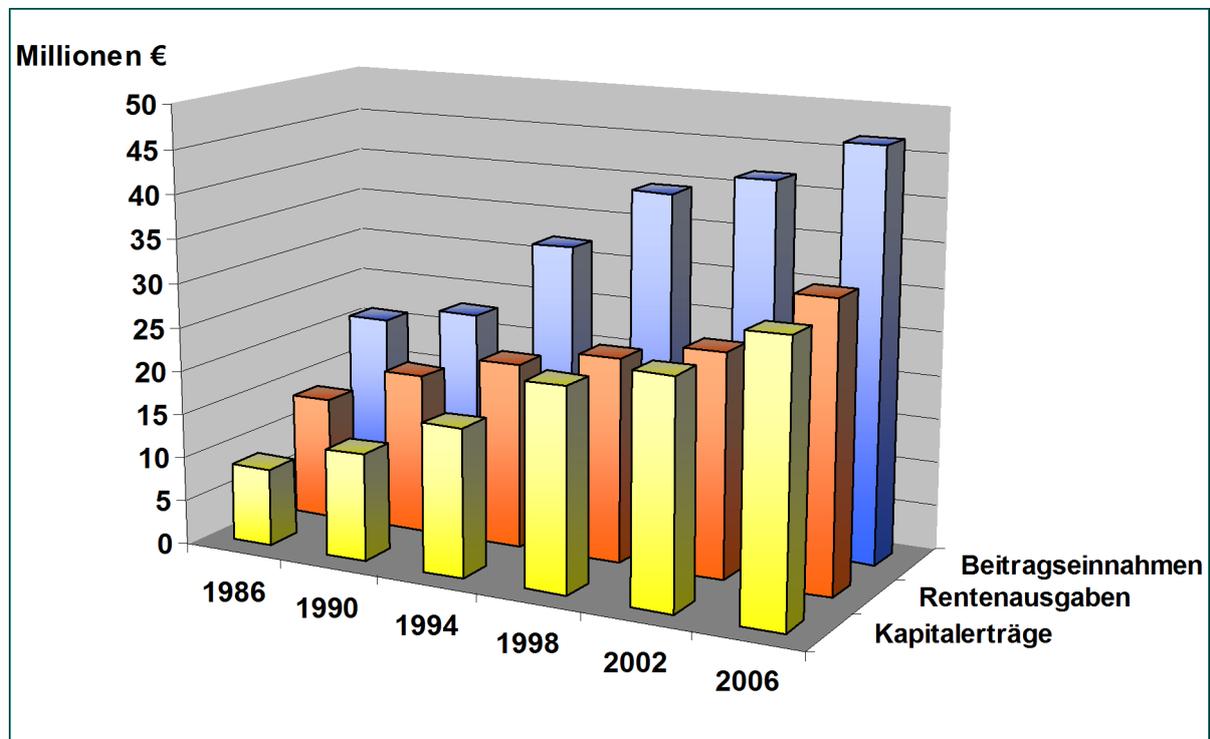
Durchschnittliche Verzinsung
im Geschäftsjahr 2005..... 4,93 %

Durchschnittliche Verzinsung
im Geschäftsjahr **2006**..... **5,02 %**

¹⁾ In Abänderung des Bilanzwertes der Kapitalanlagen zum 31. Dezember 2006 (609.094.992,87 €) sind hier kurzfristig liquide Beträge infolge einer Fondsübertragung und einer Endfälligkeit mit berücksichtigt.

Der Rechenschaftsbericht weist im Gegensatz zu versicherungsmathematischen Berechnungen keine Netto-, sondern eine Bruttoverzinsung aus. Das bedeutet, die Erträge aus den Kapitalanlagen eines Jahres werden den Vermögenswerten gegenüber gestellt, die diese Kapitalerträge erbracht haben. Die unter der obigen Fußnote hinzugerechneten Beträge waren zwar am Bilanzstichtag liquide und somit unter der Bilanzposition „Schecks und Kassenbestand“ aufgeführt, haben aber über das gesamte Jahr hinweg Kapitalerträge erbracht. Aus diesem Grund ist diese Hinzurechnung notwendig.

Finanzentwicklung 1986 bis 2006



Deckungsrückstellung, Gewinnrückstellung und Verlustrücklage

Für jedes abgelaufene Kalenderjahr erfolgt im Rahmen einer versicherungsmathematischen Begutachtung die Feststellung einer Deckungsrückstellung. Die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen durchgeführten Berechnungen haben zum 31.12.2006 zu einer Deckungsrückstellung in Höhe von 668.216.342,00 € geführt. Diese Deckungsrückstellung ergibt sich bei einem vollständigen Übergang von den früher verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen auf die berufsständischen Richttafeln nach Klaus Heubeck/ABV. Diese Richttafeln tragen dem Umstand der zunehmenden Verlängerung der Lebenszeit Rechnung und der daraus resultierenden Zunahme der Rentenbezugsdauer.

Ohne diesen Übergang auf die neuen Richttafeln hätte sich zum 31.12.2006 eine Deckungsrückstellung von 611.063.880,00 € ergeben. Somit betragen die Umstellungskosten 57.152.462,00 €. Aus versicherungsmathematischer Sicht ist es vertretbar, die Finanzierung dieser Umstellungskosten auf einen 10-Jahres-Zeitraum zu verteilen. Insofern ergibt sich per 31.12.2006 eine notwendige Deckungsrückstellung von 616.779.126,00 €.

Unter Berücksichtigung der Verlustrücklage von 567.702,21 €, der Gewinnrückstellung zum 31.12.2005 in Höhe von 4.768.647,83 € und der sonstigen Passiva von 3.732.360,79 € ergibt sich ein Bilanzüberschuss von 35.786.822,81 €.

Nach § 5 b) der Satzung des Versorgungswerkes sind 5 % dieses Bilanzüberschusses, also 1.789.341,14 €, der Verlustzulage zuzuführen. Zusammen mit der vorhandenen Gewinnrückstellung aus dem Jahr 2005 (4.768.647,83 €) ergibt sich dann ein Kapital von 38.766.129,50 €, welches für Leistungsverbesserungen und Bildung einer Gewinnrückstellung zur Verfügung steht.

Verwaltungskosten

Am 31. Dezember 2006 waren neben dem Geschäftsführer noch 8 Angestellte in der Verwaltung und 2 Angestellte als Hausmeister zur Betreuung der Immobilienobjekte des Versorgungswerkes tätig. Eine Mitarbeiterin befindet sich zur Zeit im Erziehungsurlaub. Ein langjähriger Mitarbeiter ist am 31.01.2006 nach Altersteilzeit ausgeschieden.

Die Hälfte des Personalaufwandes eines juristischen Mitarbeiters wird vom Versorgungswerk getragen.

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	2006	2005
Aufwendungen für die Verwaltung des Versorgungswerkes	1.340.808,45	1.213.044,78
Verwaltungskostensatz (bezogen auf die Beitragseinnahmen und Erträge aus Kapitalanlagen)	1,71 %	1,63 %

Prüfung Rechnungsabschluss

Der Rechenschaftsbericht des Versorgungswerkes der Ärztekammer des Saarlandes für das Geschäftsjahr 2006 ist vom Verwaltungsausschuss beraten und anerkannt worden. Die Entgegennahme und Prüfung ist durch die Vertreterversammlung erfolgt.

Der Verwaltungsausschuss dankt allen mit der Tätigkeit des Versorgungswerkes befassten Stellen und Organen für die im Berichtsjahr 2006 gewährte Unterstützung sowie allen Mitarbeitern und ehrenamtlich Tätigen für die verantwortungsbewusste und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Der REVISIONSVERBAND ärztlicher Organisationen e. V. hat die Jahresrechnung 2006 im Mai 2007 geprüft und für den Rechnungsabschluss zum 31. Dezember 2006 Bestätigungsvermerk erteilt:

*Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 (...) des Versorgungswerks der Ärztekammer des Saarlandes – Körperschaft des öffentlichen Rechts –, Saarbrücken, unter dem Datum vom 7. September 2007 den folgenden **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** erteilt, der hier wiedergegeben wird:*

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Versorgungswerks der Ärztekammer des Saarlandes - Körperschaft des öffentlichen Rechts -, Saarbrücken, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den einschlägigen deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Versorgungswerks der Ärztekammer des Saarlandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Versorgungswerks der Ärztekammer Saarlandes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Versorgungswerks der Ärztekammer des Saarlandes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Versorgungswerks und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird.

Düsseldorf, den 07. September 2007

*Rölf's WP Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft*

*(Heyer) (Neumann)
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer*

Die Durchführung der Prüfung erfolgte in Kooperation mit dem Revisionsverband ärztlicher Organisationen e. V.

Münster, den 7. September 2007

*REVISIONSVERBAND
ärztlicher Organisationen e. V.*

*(Spannenkrebs)
Geschäftsführung*

Rechenschaftsbericht 2006

Bilanz zum 31.12.2006

AKTIVA	31. Dezember 2006			31. Dezember 2005	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			7.052,00		15.337,00
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken		12.224.338,00		12.806.546,00	
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	149.817.552,76			160.437.674,32	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	153.152.142,19			144.447.526,03	
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	77.248.421,38			77.248.421,38	
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	187.311.388,54			197.046.939,42	
	264.559.809,92			274.295.360,80	
4. Einlagen bei Kreditinstituten	29.185.000,00			8.685.000,00	
5. Andere Kapitalanlagen	156.150,00	596.870.654,87	609.094.992,87	156.150,00	600.828.257,15
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer		924.198,41		1.414.172,78	
II. Sonstige Forderungen		104.379,24	1.028.577,65	48.772,75	1.462.945,53
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen		34.275,00		47.203,00	
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten					
Schecks und Kassenbestand		33.987.744,76		3.086.255,15	
III. Andere Vermögensgegenstände		2.764.071,58	36.786.091,34	2.623.887,59	5.757.345,74
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		14.094.786,21		14.950.387,23	
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		623.159,57	14.717.945,78	725.722,54	15.676.109,77
Summe der Aktiva			661.634.659,64		623.739.995,19

PASSIVA	31. Dezember 2006			31. Dezember 2005	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital					
I. Gewinnrücklage					
1. Verlustrücklage gemäß § 5b der Satzung			2.357.043,35		567.702,21
B. Versicherungstechnische Rückstellungen					
I. Deckungsrückstellung		616.779.126,00		604.384.980,00	
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		345.365,06		305.270,80	
III. Gewinnrückstellung		38.766.129,50	655.890.620,56	18.033.154,83	622.723.405,63
C. Andere Rückstellungen					
I. Sonstige Rückstellungen			3.200.156,27		127.613,57
D. Andere Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber					
1. Versicherungsnehmer		0,00		0,00	
2. anderen Versorgungseinrichtungen		0,00		0,00	
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0,00		0,00	
III. Sonstige Verbindlichkeiten		156.338,39	156.338,39	287.182,39	287.182,39
E. Rechnungsabgrenzungsposten			30.501,07		34.091,39
Summe der Passiva			661.634.659,64		623.739.995,19

Rechenschaftsbericht 2006

Gewinn und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2006

	2006		2005	
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge				
a) Versorgungsabgaben		47.401.307,73		46.052.169,98
2. Beiträge aus der Gewinnrückstellung für satzungsgemäße Leistungsverbesserungen		13.264.507,00		12.759.218,00
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken (davon eigene Nutzung 41.484,00 EUR, im Vorjahr 41.700,00 EUR)	2.389.297,34		2.272.290,40	
bb) aus anderen Kapitalanlagen	<u>26.557.553,96</u>		<u>26.223.295,36</u>	
	28.946.851,30		28.495.585,76	
b) Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen	2.205.223,62	31.152.074,92	89.476,08	28.585.061,84
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge		0,00		42,15
Zwischensumme		91.817.889,65		87.396.491,97
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	34.081.339,49		32.170.273,57	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	40.094,26	34.121.433,75	-2.127,65	32.168.145,92
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung		12.394.146,00		40.022.058,00
7. Aufwendungen für die Zuweisung zur Gewinnrückstellung nach § 5 Ziffer 4 der Satzung		33.997.481,67		10.786.342,08
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Verwaltungsaufwendungen		1.078.301,34		992.058,07
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen u. sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	4.959.842,25		1.939.741,13	
b) Abschreibung auf Kapitalanlagen	3.521.980,55		1.001.675,90	
c) Verlust aus dem Abgang von Kapitalanlagen	11.770,51	8.493.593,31	9.896,15	2.951.313,18
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		1.732.933,58		476.574,72
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge	61.871,31		92.962,38	
2. Sonstige Aufwendungen	2.245,52	59.625,79	843,23	92.119,15
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		1.792.559,37		568.693,87
4. Steuern vom Einkommen und Ertrag		3.218,23		991,66
5. Jahresüberschuß		1.789.341,14		567.702,21
6. Einstellungen in die Gewinnrücklage				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 5b der Satzung		1.789.341,14		567.702,21
7. Bilanzgewinn		0,00		-0,00

Impressum

Herausgeber:

Versorgungswerk der Ärztekammer des Saarlandes
Faktoreistrasse 4
66111 Saarbrücken

Redaktion und Layout:

Diplom-Verwaltungswirtin Petra Brandel
Tel.: 0681/4003-368
Email: petra.brandel@aeksaar.de

